



Kernkompetenzzentrum
Finanz- & Informationsmanagement



Projektgruppe
Wirtschaftsinformatik

E-Government-Initiative BundOnline 2005 : Gesellschaftlicher Mehrwert oder unwirtschaftliche Geldverschwendung?

von

Hans Ulrich Buhl, Markus Mederer

August 2006

in: Wirtschaftsinformatik, 48, 4, 2006, S. 298-305

Universität Augsburg, D-86135 Augsburg
Besucher: Universitätsstr. 12, 86159 Augsburg
Telefon: +49 821 598-4801 (Fax: -4899)

Universität Bayreuth, D-95440 Bayreuth
Besucher: Wittelsbacherring 10, 95444 Bayreuth
Telefon: +49 921 55-4710 (Fax: -844710)

WI-921



■ Meinung/Dialog

**E-Government-Initiative
BundOnline 2005 –
Gesellschaftlicher Mehrwert
oder unwirtschaftliche
Geldverschwendung?**

Hans Ulrich Buhl,
Markus Mederer

In der heutigen Ausgabe der Rubrik „Meinung und Dialog“ möchten wir Ihnen das Thema „E-Government-Initiative BundOnline 2005 – Gesellschaftlicher Mehrwert oder unwirtschaftliche Geldverschwendung?“ präsentieren.

Das letztjährige Schwerpunktthema E-Government aufgreifend wird dabei diskutiert, ob mit Abschluss der Initiative BundOnline 2005 die hohen Erwartungen im Administration-to-Citizen-Bereich, also der Schnittstelle zwischen Bürger und Verwaltung erfüllt werden konnten.

BundOnline 2005 war das Vorhaben der Bundesregierung, alle onlinefähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung über das Internet bereitzustellen und so mit der Modernisierung der Informations- und Kommunikationssysteme am internationalen Wettbewerb bzgl. einer bürgernahen, innovativen und zugleich Kosten sparenden Verwaltung teilzunehmen. Bei der Systementwicklung setzte man auf Arbeitsteilung: Neben Gesamtkoordination und beratenden Kompetenzzentren wurden wichtige Basiskomponenten, d. h. die Plattform mit den grundlegenden Funktionalitäten, vom Bundesinnenministerium zentral bereitgestellt. Dagegen verantworteten, finanzierten und planten die einzelnen Ministerien mit den Behörden die Umsetzung der jeweils zugehörigen Dienstleistungen dezentral, so z. B. die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen mit der elektronischen Beantragung der Riesterzulage mittels „zusy“. Letzten Endes sollte mit der Umsetzung vor allem ein Mehrwert für die Bürger generiert werden. Dieser soll sich bspw. durch virtuelle Ämter zeigen, die rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche erreichbar sind. In der Vision sollen damit Öffnungszeiten keine Rolle mehr spielen sowie Weg- und Wartezeiten entfallen.

„BundOnline am Ziel“ – so verkündete Otto Schily als Vertreter der Politik im September 2005 die Zielerreichung der im Jahr 2000 gestarteten Initiative. Die in der Projektplanung anvisierte Zahl von 376 Dienstleistungen der Bundesverwaltung ist mit (weniger als) den vorgegebenen Haushaltsmitteln zum geplanten Endtermin im August 2005 im Internet bereitgestellt worden. Und

auch der neue Bundesinnenminister lobt, dass dank der Online-Dienstleistungen viele Anliegen der Bürger via Internet und per E-Mail schnell und einfach erledigt werden können.

Letztendlich gilt es jedoch die Frage zu beantworten, ob die Politik mit den Investitionen in die Modernisierung und Online-Bereitstellung der Verwaltungsaufgaben einen gesellschaftlichen und für den Bürger spürbaren Mehrwert stiftet oder mit diesem politischen Prestigeprojekt die Verpflichtung zum wirtschaftlichen Handeln in den Haushaltsgrundsätzen ignoriert hat.

Diese Fragestellung diskutieren dankenswerterweise (in alphabetischer Reihenfolge)

- Holger Bill (Geschäftsführer Post & Public Services, Accenture GmbH)
- Prof. Dr. Helmut Krcmar, Petra Wolf (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik, Technische Universität München)
- Dr. Pablo Mentzini (Bereichsleiter Public Sector, BITKOM e.V.)
- Prof. Dr. Rainer Thome (Lehrstuhl für BWL und Wirtschaftsinformatik, Universität Würzburg)
- Dr. Michael Tschichholz, Marco Brunzel (eGovernment Zentrum, Fraunhofer Institut FOKUS)

und beschreiben die aktuellen Ergebnisse und zukünftigen Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft und Wissenschaft. Vertreter des für BundOnline zuständigen Bundesinnenministeriums waren aufgrund der Themenstellung als Diskussionsteilnehmer nicht zu gewinnen. Es wird aus den Beiträgen ersichtlich, dass abhängig vom jeweiligen Blickwinkel durchaus kontroverse Auffassungen über die gesetzten Anforderungen und deren Erfüllung bestehen.

Wenn auch Sie zu diesem Thema oder einem Artikel der Zeitschrift Wirtschaftsinformatik Stellung nehmen möchten, dann senden Sie Ihre Stellungnahme (max. 2 DIN A4 Seiten, gerne auch als E-Mail) bitte an den Hauptherausgeber, Prof. Dr. Wolfgang König, Universität Frankfurt am Main, E-Mail: wkoenig@wiwi.uni-frankfurt.de.

Prof. Dr. Hans Ulrich Buhl
Markus Mederer
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre,
Wirtschaftsinformatik &
Financial Engineering
Kernkompetenzzentrum IT &
Finanzdienstleistungen
Universität Augsburg

**BundOnline 2005:
Ein wichtiger Baustein einer
weiter reichenden Modernisierung**

Holger Bill

Die Initiative BundOnline 2005, mit der die alte Bundesregierung alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung online bereitstellen und die Modernisierung des Verwaltungshandelns vorantreiben wollte, ist abgeschlossen. Die Bilanz dieser Initiative fällt gemischt aus. Einerseits gilt festzuhalten, dass die Erwartungen, die an BundOnline 2005 geknüpft wurden, sich in großen Teilen als nicht realistisch erwiesen; zudem fehlten strukturelle und prozessuale Vernetzungen „hinter“ dem Portal, um die erhofften Potenziale zu erreichen. Andererseits jedoch kann die Initiative ein wichtiger Baustein einer weiter reichenden Modernisierung der föderalen Verwaltung werden.

Die Existenz von Online-Dienstleistungen alleine macht noch keinen fortschrittlichen Staat aus. Sie können dieses Ziel nur erreichen, wenn Verwaltungsmodernisierung, Bürokratieabbau und E-Government integriert als ein umfassendes Verwaltungsmanagement aufgesetzt werden. Auch Einsparungsziele können durch E-Government nur realisiert werden, wenn Online-Dienstleistungen nicht nur als zusätzlicher Kanal zum Offline-Angebot angeboten werden, sondern signifikante Transaktionsvolumina online abgewickelt werden, um auf dieser Basis herkömmliche „Offline“-Angebote entsprechend reduzieren zu können. Gelingt dies nicht, stellen Online-Portale eher zusätzliche finanzielle Belastungen dar – in Zeiten knapper Kassen nicht gerade erstrebenswert.

Dass BundOnline 2005 derartig hoch gesteckte Ziele hätte erreichen können, entsprang mehreren Fehleinschätzungen. Da bürgernahe Dienstleistungen vorrangig auf der kommunalen bzw. auf Landes- und nicht auf Bundesebene erbracht werden, konnte eine kritische Masse von Bürgern und Unternehmen nicht erreicht werden. Auch zeigte sich, dass es hilfreich gewesen wäre, den tatsächlichen Bedarf von Bürgern und Unternehmen vor Design und Konzeption der Initiative zu ermitteln und auch während des Prozesses Befragungen nach Akzeptanz, Nutzerfreundlichkeit und Kostenreduzierungs-potenzial durchzuführen. Die Befragung im September 2005 – also am Ende des BundOnline 2005 Programms – ergab zwar eine grundlegend positive Einstellung der Bürger gegenüber den Zielen der Initiative, machte aber auch deutlich, dass sich das Interesse in erster Linie an lebenslang orientierten Bedürfnissen ausrichtet und nicht an der föderalen Struktur der Bundesrepublik; man wünscht sich verwaltungsübergreifende